



**Abgeordnete der Fraktion**  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

17. Dezember 2015

**NOLympia-Erfolg +++ HSH-Schlussakt +++ Neues Willkommensbündnis +++ Gegen Abschiebung +++ Obdachlose**

## Liebe Leserinnen und Leser,



### Yaldafest

der Linksfraktion zum Jahresende  
»Flüchtlinge willkommen –  
Fluchtursachen bekämpfen«  
Musik, Tanz und Kulinarisches  
aus aller Welt – Eintritt frei  
Samstag, 19. Dezember, 18 Uhr,  
Louise Schroeder Schule,  
Thedestraße 100

Dieses Jahr wohl eher unwahrscheinlich – Eis auf der Alster (Foto: M. Joho)

kurz vor den Feiertagen wenden wir uns noch einmal an Sie und Euch und »überreichen« den zwölften und damit auch den letzten »BürgerInnenbrief« in diesem Jahr.

Wir blicken einerseits recht zufrieden auf das Jahr 2015 zurück: auf die Stärkung der Linksfraktion durch die Bürgerschaftswahl am 15. Februar, die großartige Mobilisierung der Zivilgesellschaft für die Unterstützung Zehntausender Flüchtlinge in den vergangenen Monaten und die Ablehnung der hochtrabenden Olympia-Pläne des SPD-GRÜNEN-Senats im Referendum am 29. November. Andererseits erleben wir in der Bundesrepublik ein massives Wiederaufleben von Anschlägen auf Zuwanderer und Flüchtlingsunterkünfte im Gefolge von aggressiver AfD-Pegida-Nazi-Propaganda, die höchste Mietpreissteigerung der letzten Jahrzehnte in Hamburg und den soeben vollzogenen, milliardenschweren, von den Auswirkungen her noch gar nicht absehbaren Einstieg in den Ausstieg der HSH Nordbank – den Joachim Bischoff übrigens schon vor Jahren prognostizierte, mensch möge da ein-

fach mal in die BürgerInnenbriefe der Jahre 2009/2010 zurückblättern...

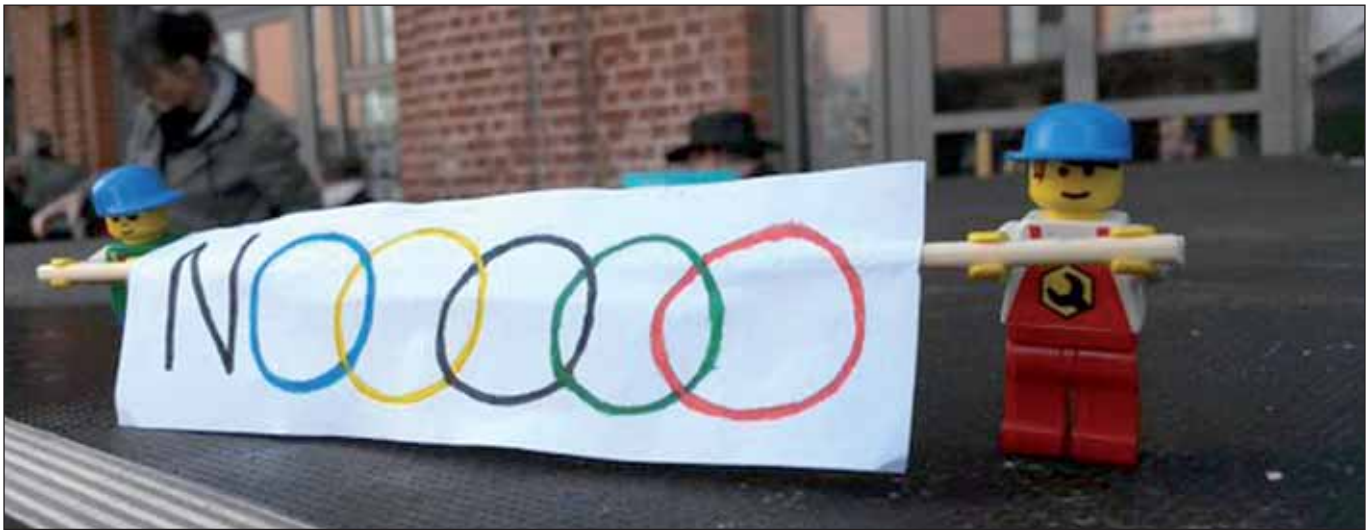
In dieser Ausgabe würdigen wir die NOLympia-Bewegung und kommentieren die anvisierte HSH-Abwicklung, außerdem geht es um aktuelle Entwicklungen in der Refugee-Welcome-Kampagne, die Not der Obdachlosen in der kalten Jahreszeit und einige weitere aktuelle Themen.

Wir wünschen allen LeserInnen des BürgerInnenbriefes und den an der Linkspolitik Interessierten einen wunderbaren Jahreswechsel, Zeit zur Muße und Neueinstellung auf ein nicht minder spannendes neues Jahr 2016! Und wenn wir uns etwas von Ihnen und Euch wünschen dürfen: Schreibt uns dieses Mal nicht so viele Neujahrsgrüße, sondern gerne massenhaft Kritik und Anregungen, die wir dann zwischen den Jahren verdauen und im kommenden Jahr umso intensiver beherzigen können.

Herausgeberinnen und Redaktion des BürgerInnenbriefes

# Nolympia – ein Rückblick

Von Florian Kasiske, Initiative Nolympia Hamburg



Beim Schanzenfest (Foto: F. Kasiske)

Wir freuen uns, dass wir einen Beitrag von Florian Kasiske bekommen haben, den wir hier sehr gerne aufnehmen. Er war in den letzten Monaten einer der Sprecher der Initiative Nolympia Hamburg, die mit ihren Aktionen und Materialien maßgeblich für Information und Aufklärung und damit für den Stimmungsumschwung bis hin zum Referendum am 29. November gesorgt hat. 51,6% gegen Hamburgs Olympia-Bewerbung – ein großer und für viele überraschender Erfolg, der für Vernunft und Weitsicht steht.

Wir bedanken uns an dieser Stelle auch noch einmal für die wirklich gute Zusammenarbeit mit den vielen Hamburger NolympionikInnen, seien es die Stadtteilinis, Verbände, fairspielen, STOP Olympia und natürlich Nolympia Hamburg.

Am 21. März 2015 entschied sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), mit Hamburg ins Rennen um die Olympischen Sommerspiele 2024 zu gehen. Ohne es den Menschen in Berlin zu wünschen, hatten wir paar Leute im gerade gegründeten »Anti-Olympischen Komitee« insgeheim gehofft, dass der Kelch an uns vorüberzieht und die Entscheidung für Berlin fällt. Auf der anderen Seite gab es zu dem Zeitpunkt auch noch viel Hoffnung: Obwohl klar war, dass Senat, Handelskammer und DOSB eine aufwändige Kampagne für die Bewerbung starten würden, könnte die drohende Olympia-Bewerbung auch als Katalysator für die sozialen Bewegungen dieser Stadt dienen. Die gemeinsame Ablehnung der Bewerbung könnte Initiativen aus unterschiedlichen Teilen der Stadt und unterschiedlichen politischen und sozialen Hintergründen zusammenbringen und eine Debatte darüber anstoßen, in was für einer Stadt wir eigentlich leben wollen.

Der Anfang war vielversprechend. 150 Leute kamen am 11. April zur ersten offenen Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg ins Centro Sociale. Nach einigen inhaltlichen Inputs ging es in Arbeitsgruppen, am Ende wurde eine gemeinsame

Resolution unter dem Motto »Etwas Besseres als Olympia« verabschiedet. In den folgenden Wochen konsolidierten sich einige der Arbeitsgruppen, während andere aufhörten, sich zu treffen und wieder andere sich zerstritten. Ende Mai traten wir auf einer Pressekonferenz erstmals öffentlich in Erscheinung, eine darauf folgende Stadtteildemo in Wilhelmsburg war zwar mit 300 Leuten nicht wahnsinnig gut besucht – das entmutigte uns allerdings noch lange nicht, denn es war ja erst der Anfang. Leider zeigte sich in den nächsten Monaten, dass die Hoffnung darauf, die Hamburger Olympia-Bewerbung mit einer breiten Bewegung zu Fall zu bringen, nicht aufging. Auch zu zwei weiteren Demos konnten nicht mehr als 250 Menschen mobilisiert werden, die Beteiligung von Initiativen aus der Recht-auf-Stadt-Bewegung war überschaubar – eine der Ausnahmen stellte der Einwohnerverein St. Georg dar, bei dem sich eine eigene Arbeitsgruppe gegen die Bewerbung engagierte und dessen Plakate mit fünf faulen Eiern (für die fünf Olympischen Ringe) überall in der Stadt zu sehen waren. Die GWA St. Pauli dekorierte nicht nur ihr Schaufenster, sondern auch eine Vitrine im S-Bahnhof Reeperbahn mit nolympischem Informationsmaterial und setzte damit das einzige olympiakritische Zeichen im Hamburger Öffentlichen Nahverkehr. Eine weitere Ausnahme stellte das aus dem Umfeld der Roten Flora organisierte Anti-Olympische Schanzenfest dar, an dem mehrere tausend BesucherInnen teilnahmen.

Insgesamt wurde deutlich: Zwar war das Unbehagen über die Olympia-Bewerbung groß, allerdings war das Thema für viele zu weit weg und zu ungreifbar, um sich dafür zu engagieren – insbesondere als im Sommer Tausende Geflüchtete die Stadt erreichten, waren viele damit beschäftigt, Unterstützungsarbeit zu leisten. Von den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien sprach sich lediglich DIE LINKE von Anfang an klar gegen Olympia in Hamburg aus. Sowohl die Bürgerschaftsfraktion als auch viele andere Mitglieder der Partei waren über Monate mit großem Engagement dabei und konnten viele Menschen auch

**OLYMPIA –  
5 faule Eier**

**Alle profitieren.  
Alle sind dabei.  
Alle Kosten im Griff.  
Alles ist nachhaltig.  
Alles ist transparent.**

Einwohnerverein St. Georg

**Das glauben wir nicht!  
www.NOlympia-hamburg.de**

Plakat von Michael Schulzebeier und Jana Topp

außerhalb ihrer WählerInnenschaft überzeugen. Innerhalb der offenen Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg gab es Auseinandersetzungen über die richtige Strategie. Ein Teil gründete mit der Initiative »Stop Olympia« eine Volksinitiative und sammelte dafür in der gesamten Stadt Unterschriften. Andere setzten stärker darauf, über Aktionen und Pressearbeit Positionen gegen Olympia sichtbar zu machen. Wieder andere scheiterten mit dem Versuch, innerhalb von drei Wochen 10.000 Unterschriften zu sammeln, um einen Text im Informationsheft zu platzieren, das von der Stadt an alle Wahlberechtigten geschickt wurde. Die Volksinitiative »Stop Olympia« bekam, ohne sich an dieser Hürde zu versuchen, durch einen Beschluss der Bürgerschaft Platz für ein Statement in dieser Broschüre zugesprochen. Die Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der Arbeit des NOlympia-Netzwerkes waren zäh und trugen dazu bei, dass die Beteiligung an Treffen bröckelte. Dennoch konsolidierten sich um die unterschiedlichen Gruppen innerhalb des Netzwerkes feste Zusammenhänge, die auf unterschiedlichen Wegen dem gleichen Ziel entgegenliefen: Einer Mehrheit für ein Nein zur Hamburger Olympiabewerbung beim Referendum Ende November.

### Demokratie auf dem Abstellgleis

Von Anfang an hatten wir davor gewarnt, dass mit Olympia bestehende demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgehebelt werden. Hätte Hamburg erst einmal den Zuschlag für

die Spiele, müsste unter Zeitdruck überall in der Stadt gebaut werden, die Beteiligung der Nachbarschaft wäre da nur hinderlich gewesen. Schon sehr bald stellte sich heraus, wie richtig wir mit dieser Befürchtung lagen. Der Senat erklärte bereits im Frühjahr, so schnell wie möglich ein Referendum über die Olympia-Bewerbung durchzuführen. Alles andere wäre auch sehr riskant gewesen. Die Bewegung gegen Olympische Spiele hätte ansonsten einen Volksentscheid erzwingen können, zu einem Zeitpunkt, wo schon sehr viele Fakten zur Bewerbung vorgelegen hätten, die Wind auf die Mühlen der KritikerInnen gewesen wären. Also wollte man die Olympia-Euphorie nutzen, die es in der Stadt noch gab: Im März hatten sich in einer repräsentativen Umfrage 64% der Befragten für die Bewerbung ausgesprochen. Bei einem Referendum zu einem frühen Zeitpunkt hätte die Gegenkampagne wenig Zeit, sich zu konsolidieren. In Windeseile wurde daher eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Möglichkeit eines Referendums »von oben« und gleichzeitig die Grundlage geschaffen wurde, um Volksinitiativen im Keim zu ersticken (so kann jetzt die Bürgerschaft zu einer bestehenden Initiative ein Referendum beschließen und damit Fragestellung und Zeitpunkt der Abstimmung festlegen).

Nach der Sommerpause startete das Pro-Olympia-Lager seine Werbekampagne. Keine Kosten wurden gespart, um beim Referendum eine Mehrheit für Olympia zu bekommen. Überall war das »Feuer und Flamme«-Logo zu sehen: Auf Bussen und Bahnen, angehängt an Mails von BehördenmitarbeiterInnen und LehrerInnen (auch wenn diese gegen Olympia waren), sogar auf der Homepage des eigentlich zu Neutralität verpflichteten Landeswahlleiters. Der ECE-Konzern, im Besitz der Otto-Familie, stellte in seinen Einkaufszentren große Werbestände auf, bei denen die BesucherInnen dazu animiert wurden, durch ein Tor für »Ja« oder »Nein« zur Bewerbung zu gehen, über denen ein Display die Ergebnisse dieser »Abstimmung mit den Füßen« anzeigte. Und um es den Abstimmenden einfach zu machen, gab es bei den Werbeständen dann auch noch eine Urne, in die man seine Briefwahlzettel einwerfen konnte.

Verbände und Vereine standen unter hohem Druck, die Olympia-Bewerbung zu unterstützen oder sich zumindest nicht dagegen auszusprechen. Während z.B. der HSV, ohne seine Mitglieder zu befragen, kräftig Werbung für Olympia machte und sogar ein NOlympia-Transparent aus dem Stadion verbannte, musste die Mitgliederversammlung des FC St. Pauli bei der Formulierung des dann mehrheitlich angenommenen Antrags gegen Olympia zunächst die Formulierung einschränken. So positionierte sich dann nicht der FC St. Pauli als Verein inklusive Vorstand, sondern lediglich die Mitgliederversammlung gegen die Hamburger Olympia-Bewerbung.

Kritisch zu sehen ist auch die Berichterstattung in Teilen der Medien: Etliche davon waren offizielle »Medienpartner« der Bewerbungsgesellschaft. Das »Hamburger Abendblatt« veröffentlichte täglich eine Olympia-Seite, die »BILD« verteilte an Hunderttausende Haushalte eine Sonderausgabe für die Bewerbung. Man stelle sich mal vor: Vor einer Wahl prangt auf allen offiziellen Dokumenten das Logo der Regierungspartei, in Einkaufszentren stellt diese riesige Werbestände mit Wahl-

urnen auf, wichtige Tageszeitungen der Stadt geben Sonderausgaben heraus, in denen zur Wahl der Regierungspartei aufgerufen wird. Was bei der Wahl eines Parlaments als klare Verletzung demokratischer Spielregeln gelten würde, erschien den Eliten der Stadt beim Referendum über Olympia nur recht und billig.

### Stimmungswandel in der Stadt

Ein Slogan von NOlympia Hamburg war: »Informationen gefährden Ihre Olympia-Begeisterung«. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass sich für das Thema Olympia nur wenige Menschen auf die Straße mobilisieren lassen. Von daher konzentrierten wir uns darauf, Informationen zu sammeln, kritische Positionen zu formulieren und diese zu verbreiten. Wir lasen uns durch die Entwürfe für die Host-City-Verträge, den Finanzreport, der Anfang Oktober veröffentlicht wurde, und sämtliche Vertragswerke, die die Stadt unterzeichnete und die über das Transparenzportal zugänglich waren. Auch wenn unsere Kapazitäten bescheiden waren, war der Senat dazu gezwungen, auf unsere Kritik zu reagieren. Auf die Kritik an Kostenexplosionen reagierte Olaf Scholz, indem er das uneinlösbare Versprechen abgab, die Stadt würde keinen Cent mehr als 1,2 Mrd. Euro für die Spiele ausgeben.

Unsere Informationsarbeit wurde gut angenommen. Aus allen möglichen Stadtteilen meldeten sich Leute bei uns, um Flyer und Plakate und Aufkleber abzuholen. Wir führten viele Diskussionen auf der Straße und auf unzähligen Veranstaltungen in Schulen, Stadtteilzentren oder Hochschulen. Und wir stellten fest, dass sich die Menschen ihren eigenen Kopf machen. SchülerInnen fragten: »Was bringt mir Olympia, wenn ich mir das Ticket eh nicht leisten kann und möglicherweise die Mieten steigen?« Leute kritisierten: »In Hamburg müssen Menschen in Zelten schlafen, aber für Olympia soll das Geld da sein.« Klar wurde dabei: Viele in der Stadt setzten sich intensiv mit dem Konzept für die Hamburger Olympia-Bewerbung auseinander. Weder die Attentate von Paris noch der FIFA-Skandal waren ein großes Thema in den Diskussionen. Die Kampagne des Pro-Olympia-Lagers war so massiv, dass sie möglicherwei-

se die Skepsis und den Unwillen vieler Menschen in der Stadt eher bestärkte, anstatt sie von Olympia zu überzeugen. Denn schon so oft wurde versucht, uns mit vielen bunten Bildern von Projekten zu überzeugen, die am Ende für die Mehrheit der Bevölkerung nur Nachteile bringen: Projekte wie die Elbphilharmonie, die Internationale Bau-Ausstellung (IBA) und die internationale gartenbau-ausstellung (igs) in Wilhelmsburg oder auch die HafenCity. Die Folge waren immer wieder Kostenexplosionen. Während auf der anderen Seite bei sozialen Einrichtungen massiv gekürzt wird, die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA GWG alle zwei Jahre die Mieten anhebt, HVV-Preise steigen und insbesondere in der Umgebung der beworbenen Städtebauprojekte die Mieten rasant in die Höhe gehen. All das wäre auch mit Olympia passiert – in einem noch viel größeren Ausmaß.

Obwohl wir einen Stimmungswandel wahrgenommen haben, rechneten die wenigsten bei NOlympia mit diesem Ergebnis. Zu erschlagen und ohnmächtig fühlten wir uns oft angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse. Auch von den Olympia-BefürworterInnen waren alle fest davon ausgegangen, dass das Konzept aufgeht. Die Barclay-Card Arena war extra angemietet worden, um am Abend des Referendums den Sieg feiern zu können. Umso schwerer war der Schock, als sich im Laufe des Abstimmungsabends immer klarer abzeichnete, dass eine Mehrheit der Abstimmenden die Olympia-Bewerbung ablehnt. Fassungslos nahmen die politischen und wirtschaftlichen Eliten dieser Stadt zur Kenntnis, dass es Dinge auf der Welt gibt, die man sich nicht kaufen kann – und dass dazu manchmal die öffentliche Meinung zählt.

Die Bevölkerung hat am 29. November deutlich »Stop« gesagt. Ob Rot-Grün aus dem Ergebnis etwas lernt, erscheint fraglich. Bereits kurz nach der Abstimmung ging es darum, welche Projekte des Bewerbungskonzeptes man auch ohne Olympia umsetzen könne. Dabei übersehen die SenatspolitikerInnen die Bedeutung der Abstimmung: Das NEIN zu Olympia war auch ein Ja zu einer Stadtpolitik, die endlich den Mut entwickelt, die Stadt nicht länger als Unternehmen zu begreifen, sondern als Gemeinwesen.



Florian Kasiske im Rathaus (Foto: NOlympia)

# Olympia bedroht Stadtentwicklung nicht mehr

Von Heike Sudmann



Foto: F. Kasinske/NOlympia

Als Hamburg im Frühjahr 2015 vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) auserkoren wurde, sich als deutscher Austragungsort für die Olympischen Spiele 2024 zu bewerben, war der Jubel vielerorts groß. Umfragen sprachen von einer Zustimmung der hamburgischen Bevölkerung für Olympia in ihrer Heimatstadt, die bei weit über 60%, angeblich sogar über 70% liege. Zu diesem Zeitpunkt werden viele HamburgerInnen noch gedacht haben: »Wow, hochklassige Sportveranstaltungen, die es sonst nur im Fernsehen zu sehen gibt, werden direkt vor meiner Haustür stattfinden und ich kann dabei sein.« Auch in linken Kreisen gab es Sportbegeisterte, die Olympia in Hamburg erstmal klasse fanden.

## Sport? Nur eine Randerscheinung

In den nächsten Monaten schälte sich jedoch langsam ein anderes Bild von Olympia 2024 heraus. Um den Sport ging es nur noch am Rande, Olympia wurde vor allem als eine Art Allzweckwaffe der Stadtentwicklung gepriesen. Motor, Beschleuniger, Katalysator für alles Mögliche. Bei genauerem Betrachten zeigte sich jedoch, dass es viele starke Behauptungen, aber maximal schwache Beweise gab.

## Olympia als Stadtentwicklungsmaschine erleidet Maschinenschaden

Kernstück der Olympischen Spiele und auch der Stadtentwicklung sollte der Kleine Grasbrook werden. Nach Abschluss der Olympischen Spiele würde hier ein neuer Stadtteil entstehen. War anfangs noch von 3.000 Wohnungen die Rede, wuchs diese Zahl mal eben auf 6.000, dann gar auf 8.000 an. Auch die Zahl der Arbeitsplätze war in den Planungen beliebig vermehrbar. Kleingeredet wurde hingegen die Zahl der dort heute vorhandenen Arbeitsplätze. Hieß es zuerst verächtlich, der Kleine Grasbrook sei eigentlich nur

eine Art Verladestation von minderwertigen Autos, also völlig untergenutzt, mussten die BefürworterInnen eingestehen, dass hier ca. 1.500 Arbeitsplätze angesiedelt sind, die nicht mal eben verlagert werden können. Auch bei der Frage, ob überhaupt Wohnungsbau aufgrund der teilweise gesundheitsgefährdenden Emissionen in unmittelbarer Nähe möglich sei, waren die BefürworterInnen und SenatsplanerInnen nicht mehr so beredt. Endgültig schweigsam wurden sie bei der Frage, wann denn der Bund mehr Geld für den (sozialen) Wohnungsbau zugesagt hätte.

Die Behauptung, die Olympischen Spiele trügen zum Ausbau des ÖPNV bei, konnte ebenfalls schnell widerlegt werden. Abgesehen von dem kleinen Stummel der U-Bahn, der nach den Spielen von den Elbbrücken zum Kleinen Grasbrook führen sollte, war nicht ein Kilometer mehr Schiene für Olympia geplant. Fast alle Maßnahmen wie die Verlängerung der Bahnsteige und die Schaffung neuer Auf-/Abgänge an den Bahnhöfen waren einzig den zu erwartenden BesucherInnenströmen geschuldet. Der barrierefreie Ausbau der U- und S-Bahnhöfe hingegen ist ein Programm, das losgelöst von Olympia seit Jahren läuft und sukzessive realisiert wird.

## »Grüne« Spiele nachhaltig abgeschmiert

Für die Partei der GRÜNEN stand Olympia unter der Hauptüberschrift – angelehnt an Olaf Scholz – »die nachhaltigsten Spiele ever«. Das hatten auch schon andere Olympiastädte vorher behauptet, zuletzt London. Die für die dortigen Olympischen Spiele in 2012 versprochenen Nachhaltigkeitsmaßnahmen wurden jedoch zu mehr als der Hälfte nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Dieses Warnsignal ignorierten die GRÜNEN und der Senat ebenso wie die in Hamburg wachsende Kritik aus den Umweltverbänden. Mit dem klaren Nein des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland)

und des Zukunftsrats Hamburg und der Weder-Ja-noch-Nein-Haltung des NABU (Naturschutzbund) war die Mär der Nachhaltigkeit entlarvt.

### Finanzen – die Frage des Vertrauens für Olaf Scholz ...

Für viele HamburgerInnen wurden die Kosten zur Kernfrage. Im Spätsommer hatte der Rechnungshof schon moniert, dass die Spiele ein großes Risiko bergen würden, vor allem mit Blick auf den mit dem IOC abzuschließenden Gastgeberstadtvertrag. »Die sich hieraus ergebende, nahezu vollständige Verlagerung aller Risiken, insbesondere auch der Haftungsrisiken, auf eine Gastgeberstadt führt zu einer deutlichen Ungewogenheit von Leistung und Gegenleistung.«

Im Oktober 2015 wurde von der Senatskanzlei ein Finanzreport vorgelegt, der für die Olympischen Spiele 2024 Kosten von 11,2 Mrd. Euro ermittelte. Den weitaus größten Teil, nämlich 7,4 Mrd. Euro, sollte die öffentliche Hand tragen. Im Finanzreport wurde ausdrücklich betont, dass es sich nur um eine Annäherung an die Kostenpositionen und zu erwartenden Erlöse handele. Doch das hielt den Bürgermeister Scholz nicht davon ab, die gewagte Behauptung aufzustellen, der Kostenbeitrag Hamburgs würde bei 1,2 Mrd. Euro gedeckelt. Die restlichen 6,2 Mrd. Euro sollte der Bund zahlen. Leider würde der Bund aber noch Zeit brauchen und könne sich erst im Januar 2016, also weit nach dem Referendum, entscheiden. Sollte der Bund weniger Geld geben, würde er, Olaf Scholz, im Januar 2016 allein entscheiden, die Bewerbung abzublasen. Dabei war anscheinend schon im November klar, dass der Bund so viel Geld nicht zahlen würde. Noch am Abend des Referendums sagte Bundesfinanzminister Schäuble in der Talkshow bei Günter Jauch, dass sich der Bund auf gar keinen Fall in dieser Höhe beteiligen würde. Es ist nicht davon auszugehen, dass Olaf Scholz hierüber nicht informiert war.

### ...wurde mit Nein beantwortet

Zu Recht haben die HamburgerInnen also Olaf Scholz in dieser Frage nicht das geforderte Vertrauen geschenkt. Wie sollte Hamburg es auch schaffen, die Kosten nicht aus dem Ruder laufen zu lassen? Schließlich gab und gibt es den Unsicherheitsfaktor IOC (Internationales Olympisches Komitee), das sich durch die Vertragsgestaltung viele – kostenträchtige – Änderungsoptionen offenhält. Keine Olympia-Stadt hat seit den 1960ern den geplanten Olympia-Finanzrahmen eingehalten. Die durchschnittliche Kostensteigerung lag bei 179%!

### »Feuer und Flamme« entpuppen sich als »teuer und panne«

Die Werbemaschinerie für die Olympischen Spiele lief nach der Entscheidung des DOSB im Frühjahr 2015 zu Hochtouren auf. Von Mai bis Juli gab es zig Stadtwerkstätten und Informationsveranstaltungen des Senats zur Stadtentwicklung, zur Mobilität, zu Sportstätten, zur Nachhaltigkeit. Die Kosten alleine für diese Veranstaltungen und die diversen Gutachten beliefen sich auf mehrere Millionen Euro. Kennzeichnend für die öffentlichen Veranstaltungen war, dass nur schöne Bilder



Foto: F. Kasinske/NOlympia

gezeigt, nur positive Entwicklungen dargestellt wurden. Risiken wurden ausgeblendet, KritikerInnen kamen entweder gar nicht oder nur in maximal fünf Minuten von zwei Stunden Veranstaltungszeit auf dem Podium zu Wort. Zu den Finanzen gab es ebenso wenig eine Veranstaltung wie zu der Frage, was sich alternativ mit den einzusetzenden Hamburger Geldern ohne Olympia Sinnvolles anfangen ließe.

Die von der Wirtschaft mit Unterstützung Hamburger Unternehmen wie der Hochbahn forcierte »Feuer und Flamme«-Werbung für die Spiele nahm ungeahnte Ausmaße an. Bald war die gesamte Stadt mit Plakaten und riesigen Reklameflächen zugleisteuert. Unsägliche Fackelaufmärsche wurden ebenso ungehemmt veranstaltet wie die Aufstellung von Wahlurnen in Einkaufszentren, die »zufällig« einer Tochterfirma der Hauptsponsorenfamilie Otto, ECE, gehören. Mit wenig Ruhm bekleckerten sich auch die meisten Hamburger Medien. Ein schöner Kommentar von Thomas Hahn unter der Überschrift »Wie Hamburgs Medien die Olympia-Bewerbung fördern« fand sich am 24. November in der »Süddeutschen Zeitung«, den ich hier auszugsweise wiedergebe:

»In Hamburg läuft gerade eine Olympia-Bewerbung. Die Hansestadt möchte die Spiele 2024 ausrichten, am 29. November findet ein Referendum statt, und wie üblich unterhält die Spiele-Lobby hier sogenannte Medien-Partnerschaften, unter anderem zum Verlagshaus Axel Springer und zum Hamburger Abendblatt. Aber in Hamburg hat man bisweilen den Eindruck, als seien diese olympischen Schulterschlüsse als eine Art Rekordversuch des abhängigen Journalismus angelegt. Kürzlich erst hatten die Hamburger eine Sonderausgabe der Bild im Briefkasten, die zwar im Titel die Prädikate »unabhängig« und »überparteilich« trug, aber im Grunde ein Werbeblatt für Spiele an der Elbe war.

Das Abendblatt hat der Olympia-Besoffenheit am Samstag die Spitze aufgesetzt. Eine fiktive Beilage aus dem Jahr 2024 hat Hamburgs wichtigste Lokalzeitung herausgebracht, auf 20 Seiten blicken die Autoren darin auf Olympia in Hamburg zurück. Tenor: Super war's. Und wenn was nicht so super war (Stromausfall), war es trotzdem super, weil das den deutschen Perfektionismus auf ein sympathisches Niveau heruntergebracht habe. Hamburg erstrahlt als Muster für gelungene Organisation. Sogar das Wetter war toll.

Die Kosten? Die Sicherheit war zu teuer, dafür gab es überplanmäßige Einnahmen. Aber die Stadt hat exakt jene 1,2 Milliarden Euro beigetragen, die Olaf Scholz, mittlerweile Kanzler, 2015 als Bürgermeister versprochen hatte. Und der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees sagt, Hamburg habe die »besten neuen Spiele« geliefert.

Großer Seufzer. Hanseatische Bescheidenheit ist wohl doch ein Mythos; und das Abendblatt versteht was von PR.«

(Quelle: [www.sueddeutsche.de/medien/olympia-wie-hamburgs-medien-die-olympia-bewerbung-foerdern-1.2749977](http://www.sueddeutsche.de/medien/olympia-wie-hamburgs-medien-die-olympia-bewerbung-foerdern-1.2749977))

### Unglaublicher Erfolg für NOlympia-Bewegung

Gegen die geballte Medienmacht anzustinken, sich immer wieder neue Aktionen einfallen zu lassen, nie aufzugeben – das waren Kennzeichen der NOlympia-Bewegung. Was mit (N)Olympia und den beiden bis heute unermüdlichen BloggerInnen Nicole Vrenegor und Dirk Seifert im Sommer 2014 anfang und sich im Frühjahr 2015 zur breiteren NOlympia-Initiative auswuchs, hat Unglaubliches geleistet. Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien, auf der Straße und in zahlreichen Veranstaltungen, kleine, aber feine Stadtteilinitiativen, engagierte Einzelpersonen, Gruppen, Verbände (Naturschutzbereich, Soziales, Verkehr...), die Volksinitiative STOP Olympia, die – leider nicht erfolgreiche und auch umstrittene – Unterschriftensammlung »Nein zu Olympia«, die Partei und Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen der LINKEN – sie alle haben mit ihren Mitteln und Möglichkeiten eine Gegenöffentlichkeit erzeugt, haben aufgeklärt. Ganz im Sinne des schönen Aufklebers: »Der Olympia-Senator warnt händeringend: Informationen gefährden Ihre Olympiabegeisterung.«

### IOC und Olympische Spiele

Wenn der Chef des DOSB, Alfons Hörmann, am Referendumsabend resigniert sagt, »Deutschland und Olympische Spiele passen nicht zusammen«, zeigt er einmal mehr, dass er nichts verstanden hat. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Demokratische Länder und Städte passen nicht mit diesem IOC und seinen Knebelverträgen zusammen. Die Förderung des Breitensports in den Stadtteilen und ein sauberer, doping- und bestechungsfreier Leistungssport sind keine Hauptziele des IOC. Olympische Spiele als Vehikel zur ungehemmten Geldvermehrung beim IOC sind nicht durchsetzungsfähig, jedenfalls nicht in Hamburg und all den anderen Städten, die sich gegen die Ausrichtung Olympischer Spiele ausgesprochen haben.

### Und die Politik?

Jahrzehntelang hat es nicht nur in Hamburg mit der »Festialisierung der Politik« geklappt, die mit schönen, großen Events von den eigentlichen Problemen ablenken will. Eine ganz große Koalition von SPDGRÜNECDUFDPP wollte das jetzt wieder versuchen. Damit sind sie gehörig auf die Nase gefallen. Dabei war es sehr einfach mitzubekommen, was die HamburgerInnen wirklich bewegt.

An Infoständen, in Einzelgesprächen, in E-Mails und Briefen und in den 52 Schulveranstaltungen der Bürgerschaft mit

über 6.000 SchülerInnen wurde immer wieder gesagt, es gebe Wichtigeres als Olympia. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge, mehr sozialer Wohnungsbau und preisgünstige Wohnungen für alle, Umweltschutz jetzt – das waren die Forderungen an die Politik.

Die Fassungslosigkeit der ganz großen Koalition am Abend des Referendums zeigt, dass sie so siegesgewiss waren, dass sie noch nicht mal einen Gedanken darauf verwendet hatten, was sie nach einer verlorengegangenen Abstimmung machen wollen. Es zeigt aber vor allen Dingen, wie weit die etablierten Parteien sich von den BürgerInnen und deren Bedürfnissen entfernt haben. Doch statt einer Selbstkritik versuchten sich etliche im Nachtreten und in Beschimpfung der Olympia-GegnerInnen. Diese hätten eine Jahrhundertchance vertan, seien ängstlich, wollten keine Veränderungen oder seien gar überfordert mit einem Referendum.

Als wenn dieses unfaire Verhalten noch nicht reicht, versuchen CDU und FDP auch noch sich reinzuwaschen. Olaf Scholz alleine sei schuld, sein Finanzkonzept und seine Verhandlungen mit dem Bund seien schlecht gewesen. Dass sie bis zum 29. November eben dieses Finanzkonzept wie die gesamten Olympischen Spiele und das IOC noch verteidigt hatten, kann nur unter der Rubrik »Was schert mich mein Geschwätz von gestern« verbucht werden.

### Soziale und solidarische Stadtentwicklung mit Leben erfüllen

Die wirklich wichtigen Themen in Hamburg rücken jetzt wieder in den Vordergrund. Wie können die Geflüchteten menschenwürdig untergebracht werden, wie können genug Wohnungen für die Obdach- und Wohnungslosen, für die Menschen mit wenig Einkommen und die Geflüchteten errichtet werden, ohne Großsiedlungen mit den alten Fehlern zu schaffen? Wenn der Senat ohne Probleme ab 2017 jährlich 200 Mio. Euro aus dem Haushalt für Olympia abzwacken wollte, muss er das Geld jetzt für eine solidarische Stadtentwicklung bereitstellen. Diese Investition in die Zukunft zahlt sich allemal aus.

### Schade, schade, schade, schade!

#### Nix da mit Olympiade!\*

Neumann, Mantell, Olaf Scholz,  
alle waren doch so stolz!

Wer tröstet nun die Mini-Brüder?  
Das gibt es kein Mal wieder!

Überall nur Katzenjammer,  
bei Otto, Stich und Handelskammer!

Wie tief soll Hamburg nur noch sinken?  
Und wer hat Schuld? – **Genau! Die Linken!**

\* Wir danken Reinhard Lötje für diesen Beitrag zu den nacholympischen Wehen einiger Großkopfen.

# Verfassungswidriges Gesetz ändern!

Gefahrengebiete abschaffen – von Christiane Schneider



Demo gegen Gefahrengebiete Anfang 2014 (Foto: Michael Joho)

Am 13. Mai 2015 hat das Hamburgische Obergericht die gesetzliche Grundlage für die Errichtung von Gefahrengebieten für verfassungswidrig erklärt. § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei (PolDVG) verstöße, so das Gericht, gegen das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot und gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das Gesetz gebe nicht klar genug die Voraussetzungen für die Ausweisung eines Gefahrengebiets vor. Vielmehr bleibe es weitgehend der Polizei überlassen zu entscheiden, ob und für wie lange ein Gefahrengebiet ausgewiesen und dort Personen verdachtsunabhängig überprüft werden könnten. Zudem erlaube das Gesetz Eingriffsmaßnahmen von erheblichem Gewicht zur Abwehr bloß abstrakter Gefahren und gegenüber Personen, ohne dass diese zuvor einen konkreten Anlass für eine gegen sie gerichtete polizeiliche Maßnahme gegeben haben müssen. Die Kritik der Linksfraktion an den Gefahrengebieten hatte ich im »BürgerInnenbrief« vom 23. April 2015 ausführlich entwickelt.

Das Urteil ist rechtskräftig. Geändert jedoch hat sich in den seit dem Urteil vergangenen sieben Monaten – nichts. Zwar hatten die Regierungsfractionen gleich nach dem Urteil

seine zügige und sorgfältige Umsetzung zugesagt. Doch davon war danach nichts mehr zu hören.

Trotz des Urteils blieben bis heute Gefahrengebiete ausgewiesen, finden zahllose Kontrollen und weitere anlasslose Eingriffe in Grundrechte statt. Die Innenbehörde schien ungerührt gemäß der Devise »Legal, illegal, scheißegal« zu handeln. Deshalb ergriff die Linksfraktion die Initiative und setzte für die Bürgerschaftssitzung am 10./11. Dezember einen Antrag auf die Tagesordnung, die gesetzliche Grundlage für Gefahrengebiete, also den § 4 Abs. 2 PolDVG, ersatzlos zu streichen. Das Schicksal des Antrags kann man sich denken: Er wurde gegen die Stimmen der Linksfraktion abgelehnt. Immerhin: Er machte der Koalition Beine. Sie forderte mit einem eigenen Antrag den Senat auf, »kurzfristig einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des § 4 Absatz 2 PolDVG unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung vorzulegen«. Dieser Antrag wurde – welche Überraschung – angenommen. Jetzt darf man auf die konkrete Neuregelung gespannt sein. Unser Ziel bleibt die ersatzlose Aufhebung von Gefahrengebieten.



# Schlussakt im HSH-Drama eingeleitet

Von Joachim Bischoff



Wohl ein frommer Wunsch im Fall HSH...

Das milliardenteure Drama um die HSH Nordbank neigt sich dem Ende zu. Weder die eigenen Finanzen noch die europäische Bankenaufsicht lassen eine weitere Verlängerung zu.

Der HSH geht es seit Jahren ökonomisch schlecht. Sie ist auf die Erhöhung öffentlicher Garantien von 7 auf 10 Mrd. Euro angewiesen. Die europäische Bankenaufsicht und die EU-Kommission bewilligen diese Operation nur, wenn die Bank um einen großen Brocken Schrottpapiere erleichtert wird. Die HSH hat faule Kredite in Höhe von 25,7 Mrd. Euro in den Büchern. Ziel ist es jetzt, die Bank aufzuteilen – in eine Holding und eine operative Einheit – und von einem Teil dieser Schrottpapiere in Höhe von 8 Mrd. Euro zu befreien, um sie so fit für den Verkauf zu machen. Dabei geht es um allerhand öffentliches Geld: Denn den beiden öffentlichen Anstalten, über die man den Rettungsversuch abwickeln will, werden Kreditermächtigungen über insgesamt 16 Mrd. Euro ausgestellt. Dabei muss den ParlamentarierInnen in Hamburg und Kiel klar sein, dass dieses Geld bereits im nächsten Jahr zum Großteil ausgegeben sein wird, um drohende Verluste der privaten Gläubiger vermeiden zu helfen.

Rechtlich gesehen, haben die Parlamente unter Zeitdruck im Dezember eine Änderung des bestehenden Staatsvertrages und einen neuen Staatsvertrag für die Abwicklung der HSH-Nordbank beschlossen.

- Beim bestehenden Staatsvertrag über den »HSH Finanzfonds AöR« wird eine Kreditermächtigung über 10 Mrd. Euro und die Auszahlung von Garantieansprüchen ab 2016 fixiert.

- Der neue Staatsvertrag über die Errichtung der »hsh portfoliomanagement AöR« regelt die Abwicklung der HSH Nordbank. Hier beträgt die Kreditermächtigung 6,2 Mrd. Euro für den Ankauf von Assets von der Bank.

Materiell geht also es um Kreditermächtigungen von 16 Mrd.

Euro. De facto geht es aber nicht nur um eine Kreditermächtigung, sondern um die Ausgabe des Großteils der 16 Mrd. Euro. Der Hamburger Finanzsenator, Peter Tschentscher (SPD), behauptet: »Klar bleibt, und das habe ich auch öffentlich gesagt, die Entscheidung, jetzt fortzuführen oder jetzt abzuwickeln, dazwischen liegt ein Vermögensunterschied für die Länder von mehreren Milliarden Euro.«

Der politische Clou: Die Regierungen behaupten, ihre Lösung sei für die Bundesländer günstiger, es werde weniger öffentliches Geld verschleudert. Die Begründung und Aufschlüsselung dieses Vorteils ist jedoch eine vertrauliche Verschlussache, die selbst dem Großteil der Abgeordneten nicht zugänglich ist. Aber warum werden die Dimensionen des »Unterschieds« nicht offengelegt?

Das Verfahren war eindeutig undemokratisch:

1. Die Landesregierungen setzen wieder einmal die Parlamente unter Druck. Das Gesetzespaket zum Umbau der HSH sollte noch im Jahr 2015 verabschiedet werden. Über einen desaströsen Konkursfall wird im Turboverfahren beschlossen – auf Grundlage von Informationen, die selbst Abgeordnete nur im »Tresor« zur Kenntnis nehmen können. Im Klartext: beschleunigte Beratung mit Unterlagen unter Ausschluss der parlamentarischen und politischen Öffentlichkeit.
2. Beide Landesregierungen stimmen darin überein, dass es nur die Alternative zwischen der sofortigen Abwicklung einerseits und der Zerstückelung der Bank, erneuter Finanzspritze durch die öffentlichen Haushalte und letztlich einer kleinen Chance der Privatisierung der möglicherweise lebensfähigen operativen Einheit andererseits gibt.

Im Ergebnis der Abwägung soll eine (unkontrollierte) Abwicklung nach dem Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (SAG) vermieden werden. Die

schleswig-holsteinische Finanzministerin, Monika Heinold (Die Grünen), fasst zusammen: »Nach den Aussagen unserer juristischen und ökonomischen Berater ist die gefundene Lösung im Vergleich zu anderen Szenarien wirtschaftlicher. Nach einem monatelangen Prozess und der Prüfung unzähliger Modelle gab es am Ende nur zwei Varianten, die dem Anspruch der Europäischen Zentralbank als neue Aufsicht der HSH Nordbank genauso gerecht werden wie dem engen Rahmen des Wettbewerbsrechtes, den die Europäische Kommission setzt. Die Umstrukturierung der Bank ... und alternativ eine sofortige Abwicklung.«

3. Die Einigung mit der EU sieht vor, dass beide Eigentümerländer der Bank Altlasten aus faulen Schiffskrediten von bis zu 6,2 Mrd. Euro abnehmen. Der Ankauf von nicht werthaltigen Wertpapieren durch die Bundesländer erfordert einige juristische Phantasie, um die Regelungen der Länderverfassungen und der Landeshaushaltsordnungen zu umschiffen. Schon der gesunde Menschenverstand kommt zu dem Urteil, dass öffentliche Finanzen – und damit auch Garantien – nicht für Schrottpapiere und Scheingeschäfte eingesetzt werden dürfen. Der Ankauf von mehr oder minder werthaltigen Schiffskrediten, die zwangsläufig eine Garantiezahlung der Bundesländer auslösen, ist ein Scheingeschäft.

Selbstverständlich gibt es begründete Zweifel daran, ob eine solche Transaktion – Ankauf von stark wertgeminderten Assets – mit der Haushaltsordnung und den Länderverfassungen rechtskonform ist, wenn gleichzeitig damit ein Schaden und eine Garantiezahlung der Länder ausgelöst wird.

All dies, so die Kritik, bedeutet

- eine Dehnung der Länderverfassungen und des Haushaltsrechts,
- eine Verschleierung der Hintergründe der gesamten Restrukturierungsoperation gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit,
- ein Unterlaufen der verschärften Regulierungen zum Bankenrecht und
- die völlig unbegründete Behauptung, es würde eine unkontrollierte Entwicklung nach dem SAG vermieden.

Der große Unterschied zwischen dem Vermögensschaden, den wir in einer unmittelbaren Abwicklung oder in einem Worst Case in zwei oder drei Jahren bei einer Abwicklung hätten: Die Verbindlichkeiten aus der Gewährträgerhaftung zwischen Ende 2015 und 2016, 2017, 2018 werden signifikant reduziert sein. Dieses Argument ist zutreffend: Gewährträgerhaftung Ende 2015 für Hamburg ca. 4,5 Mrd. Euro, 2016 oder später maximal 1 Mrd. Euro.

Dagegen steht aber bei einem Ankauf von 6,2 Mrd. Euro an Schrottpapieren folgende Rechnung: 1. Der Garantie-Anteil der 10 Mrd. Euro in Höhe von 5 Mrd. Euro ist komplett fällig. 2. Ein Vermögensschaden bei den angekauften Assets ist auch wahrscheinlich, also im Insolvenzfall bis zu 3,1 Mrd. Euro.

Die Hansestadt kauft mithin von einem Unternehmen, an dem sie relevant beteiligt ist, stark wertgeminderte Assets in Höhe von 3,1 Mrd. Euro, mit dem Ziel, eine sofortige vermö-

gensschonende Abwicklung der HSH hinauszuschieben, um evtl. im geringeren Maße bei der Gewährträgerhaftung herangezogen zu werden. Außerdem lockt bei einem Verkauf der »Rest-Bank« noch ein Erlösanteil von mehreren Millionen.

Eine solche haushaltsrechtlich und verfassungsmäßig problematische Transaktion läuft auf die Aushebelung des SAG zur Durchsetzung einer Haftungskaskade hinaus. Sinn dieser Bail-in-Regelung ist es, die Investoren – ohne Kleinanleger mit maximal 100.000 Euro – im Falle von Bankinsolvenzen mit zur Verantwortung heranzuziehen und letztlich die SteuerzahlerInnen zu entlasten. Die Argumentation der etablierten Politik, dieses Bail-in bedeute einen höheren Vermögensschaden für die Hansestadt, ist nicht überzeugend. Eine sofortige Abwicklung nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz enthält durchaus die Chance eines geringeren Vermögensschadens.

Im Resultat wird aber die Hansestadt mit der HSH einen gewaltigen Vermögensschaden über Jahrzehnte abtragen müssen. Verloren ist der gesamte Anteil am Eigenkapital seit 2003 von über 5 Mrd. Euro. Außerdem wird die Hansestadt für die weiteren Verpflichtungen aus dem Garantieanteil von 5 Mrd. Euro, der Gewährträgerhaftung von ca. 1 Mrd. Euro und Schrottpapieren mit einem Volumen von maximal 3,1 Mrd. Euro auf Jahre mit Zins- und Tilgungszahlen einstehen müssen. Trotz des aktuell geringen Zinsniveaus bedeutet dies immer noch eine jährliche Belastung von ca. 180 Mio. Euro, also fast so viel, wie die Hansestadt über mehrere Jahre als Beitrag zur Durchführung der Olympischen Spiele 2024 einsetzen wollte.

Der SPD-Senat mit dem grünen Anhängsel agierte politisch grenzwertig, versuchte alle Entscheidungen hinter verschlossener Tür zu halten und prügelte die favorisierte Rettungslösung in atemberaubendem Tempo durch das Landesparlament. Nach wie vor fehlen dem Senat der Mut und die Ehrlichkeit, zu akzeptieren und zuzugeben, dass die Rettung

### Neu: Hintergründe eines Vermögensschadens



Joachim Bischoff/Norbert Hackbusch/Björn Radke/Norbert Weber

#### **Finanz-Zombie:**

#### **Drama HSH Nordbank**

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2016  
56 Seiten | € 7,00  
ISBN 978-3-89965-868-2

Die Autoren legen dar, wie sich die HSH Nordbank zur Zombie-Bank entwickelte, warum die teuren Sanierungsversuche

scheiterten und wie man die Bank loswerden könnte.

Bestellmöglichkeit: [www.sozialismus.de/vorherige\\_hefte\\_archiv/supplements/liste/detail/artikel/finanz-zombie-drama-hsh-nordbank/](http://www.sozialismus.de/vorherige_hefte_archiv/supplements/liste/detail/artikel/finanz-zombie-drama-hsh-nordbank/)

der HSH endgültig gescheitert ist. Die gesamte Operation ist ein herausragender Beleg für die Verlogenheit und Intransparenz der etablierten Politik.

In seiner Regierungserklärung hatte Bürgermeister Olaf Scholz im Mai 2015 angekündigt: »Wir werden uns außerdem gemeinsam mit Schleswig-Holstein darum kümmern, dass die HSH Nordbank auf Kurs bleibt und ihre Restrukturierung unter den Auflagen der EU-Kommission fortführt. Trotz der Fortschritte beim Abbau von Altlasten in den letzten Jahren bestehen immer noch hohe Risiken aus alten Krediten, für die Hamburg und Schleswig-Holstein über die Ländergaran-

tie haften. Und machen wir uns nichts vor: Die Rechnung für die großmannssüchtige Expansionsstrategie der Bank, die mit der weltweiten Finanzkrise 2008 und der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers folgenreich scheiterte, haben die Haushalte der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg noch nicht vollständig bezahlt. Wenn alles gut geht, werden wir das gesamte Ausmaß der Folgen dieses unverantwortlichen Abenteuers für unsere Länder Anfang der zwanziger Jahre beziffern können.« Am Jahresende 2015 steht das politische und finanzielle Ausmaß dieses unverantwortlichen Abenteuers fest.

## Hamburg: Neues Willkommensbündnis



G. Simon, W. Siebel, H. Sudmann, M. Rothschild (Joho)

Gut zwei Monate Zeit hatten die InitiatorInnen, um noch vor der Weihnachtspause Bilanz in Sachen Hamburger Flüchtlingspolitik zu ziehen und eine entsprechende Konferenz vorzubereiten. Am 11. Dezember hat sie mit gut 300 TeilnehmerInnen stattgefunden. Es ist eine bemerkenswerte Mischung von Personen, Gruppen und Einrichtungen, die da unter dem Tagungsmotto »Stadt des Ankommens« zusammengekommen sind: AkteurInnen aus verschiedenen Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen, gewerkschaftlich, aber auch autonom Engagierte, Linke, Refugees, Studierende, WissenschaftlerInnen, Menschen aus Behörden und sozialen Einrichtungen und Verbänden. Wie auf der Tagung unterstrichen, hat sich allein die Abstimmung der »Erklärung zu der Tagung« – wohl verstanden als Diskussionsgrundlage für die Konferenz und weitere Aktivitäten – wochenlang hingezogen.

Dieses neue Bündnis ist angetreten, um Alternativen zur technokratischen Senatslinie zu entwickeln, die mit erheblichen Mängeln und z.T. völlig unzumutbaren Verhältnissen hinsichtlich der Situation am Hauptbahnhof, der Unterbringung Hunderter Geflüchteter in Zelten und der Perspektive des Baus von abgeschotteten Großsiedlungen an den Bezirksrändern einhergeht. Keine Frage sicherlich, dass jeder Senat Probleme mit der Versorgung von Zehntausenden in kürzester Zeit nach Hamburg gekommenen Flüchtlingen haben

würde, ebenso keine Frage, dass sich neben Tausenden HelferInnen auch viele BehördenmitarbeiterInnen aufopferungsvoll eingebracht haben. Doch weder hat sich der Senat auch nur halbwegs auf diese absehbare Lage vorbereitet, noch zieht er gegenwärtig die richtigen Konsequenzen.

Die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN, auf der Tagung vertreten durch Christiane Schneider und Heike Sudmann, unterstützt das Anliegen der Konferenz und sieht den angekündigten Folgeveranstaltungen gespannt entgegen. Eine Reihe von Aspekten und Forderungen, die auf der Tagung diskutiert bzw. erhoben wurden, gilt es jetzt intensiv auszuwerten. Einer der besonders interessanten Punkte war die von Prof. Dr. Bernd Kniess (HCU) in die Debatte eingebrachte Anregung, das ehemalige, seit ca. zwei Monaten leer stehende Springerhaus als Wohngebäude für Flüchtlinge und andere Obdach- und Wohnungslose herzurichten. Es sei, so Kniess, bereits geheizt, verfüge sogar über einen Pförtner und böte Tausenden Menschen Obdach, mitten in der City! Die Stadt hat diesen Komplex für 130 Mio. Euro erworben, um hier das Bezirksamt Hamburg-Mitte mit seinen rund 1.000 MitarbeiterInnen unterzubringen. Dafür würden dann die City-Hochhäuser geräumt und an einen privaten Investor verkauft werden (s. den letzten »BürgerInnenbrief«). Die Stadt hat es damit in der Hand, diese beiden Riesenkomplexe bedarfsgerecht zu ver-

wenden. Alleine die Verschiebung des Auszugs des Bezirksamtes sowie des Gebäudeverkaufs für einige Jahre würde die Not der Wohnungs- und Obdachlosen auf einen Schlag drastisch minimieren.

Wir nehmen nachfolgend die Erklärung der VeranstalterInnen zur Tagung vom 11. Dezember und deren Presseerklärung vom 13. Dezember auf.

### Tagung »Stadt des Ankommens«: Presseerklärung der Vorbereitungsgruppe vom 13.12.2015

#### **Lasst Wohnungslose und Flüchtlinge im Springer-Haus wohnen! Die Stadt als Jobmotor für Geflüchtete!**

Am Freitag, den 11.12.2015, wurde in der HAW (Department Soziale Arbeit) die Tagung »Stadt des Ankommens« durchgeführt. Rund 300 TeilnehmerInnen aus dem Spektrum der Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen, sozialer, kirchlicher und gewerkschaftlicher Gruppen sowie Geflüchteten-Organisationen beschäftigten sich mit den Themen Zusammenleben, Selbstorganisation, Bildung, Arbeit und Wohnen. Anliegen war es dabei, über konkrete Beispiele und Erfahrungen aus verschiedensten Zusammenhängen in Hamburg eine Vorstellung zu entwickeln, wie die Stadt des Ankommens aussehen kann und welche Bedingungen dafür geschaffen werden müssen. Am Abend wies der Stadtsoziologe Prof. Dr. Walter Siebel in seinem Vortrag nach, dass der Zuzug von »Fremden« für die Stadt Alltag ist, ja konstitutiv in deren Geschichte war.

Wichtige, von dieser Tagung ausgehende Botschaften waren

- die dringend nötige Förderung der Selbstorganisation von MigrantInnen und die Erweiterung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten u.a. in den anstehenden Planungsverfahren;
- ein Jobprogramm in Unternehmen mit städtischer Beteiligung, das das Vergaberecht produktiv für gut bezahlte Jobs für Flüchtlinge anwendet;
- die notwendige Orientierung auf das dezentrale, gemischte Wohnen der Geflüchteten, ermöglicht durch die Beschlagnehmung von Wohnungs- und Büroleerständen sowie Quotenregelungen bei allen Grundstücksvergaben und Neubauvorhaben;
- die Erkenntnis, dass alle bestehenden Wohnungsprogramme im Hinblick auf die akute Wohnungsnot von Einheimischen wie Zuziehenden überprüft und der »Drittelmix« zugunsten von mehr sozialem Wohnungsneubau in allen Stadtteilen abgeändert werden müssen;
- die Überzeugung, dass Kontaktflächen und -chancen für alle Eingesessenen und Hinzuziehenden wichtig sind und helfen, Unsicherheiten zu überwinden;
- die Aufforderung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte, auf den Umzug in das ehemalige Springer-Gebäude zu verzichten und dieses zu winterfesten Flüchtlingswohnungen umzubauen.

Für das sich an diesem Tag abzeichnende hamburgweite Willkommensbündnis fängt die Arbeit gerade erst an. Die auf der Tagung vorgelegte Erklärung soll dafür als Grundlage der weiteren Diskussion dienen, ebenso das von uns getroffene



Visualisierung: Elke Ehninger

Resümee und die von Elke Ehninger visualisierten Konferenz-ergebnisse.

#### **Für die Vorbereitungsgruppe:**

Simone Borgstede (Never mind the Papers im Netzwerk Recht auf Stadt), Peter Bremme (ver.di, Fachbereich Besondere Dienstleistungen), Anne-Marie Gehrke (HAW, Department Soziale Arbeit, Refugees Welcome St. Georg), Prof. Dr. Simon Güntner (HAW, Department Soziale Arbeit), Steffen Jörg (GWA St. Pauli/St. Pauli selber machen), Michael Joho (Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.), Prof. Michael Rothschuh (Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.)

#### **ERKLÄRUNG zur Tagung: Wie kann Hamburg zu einer Stadt des Ankommens werden?**

Viele Menschen, Ehrenamtliche wie beruflich Tätige, setzen sich mit aller Kraft dafür ein, dass Flüchtlinge und Migrant\*innen einen guten Anfang in Hamburg finden.

Dennoch zeigt sich Hamburg derzeit vielerorts nicht als Stadt des Ankommens. Bisher überlässt die Stadt auf dem Hauptbahnhof die Begleitung Hunderter Geflüchteter den Ehrenamtlichen und einigen Wohlfahrtsverbänden. Die Unterbringung von vielen Geflüchteten in zugigen und z.T. schlecht geheizten Zelten und anderen Provisorien gefährdet ihre Gesundheit. Zugezogene osteuropäische Arbeiter wohnen oft in menschenunwürdigen Unterkünften. Immer mehr Menschen sollen abgeschoben, der Familiennachzug z.B. aus dem kriegsgeplagten Syrien erschwert werden. Die für 2016 geplanten Siedlungen für jeweils Hunderte und z.T. Tausende Flüchtlinge liegen überwiegend in Randlagen der Stadtteile; dies würde für neue Probleme im Zusammenleben und die Teilhabe der neuen Hamburger\*innen sorgen. Eine Stadt des Willkommens, des Ankommens und Verbleibens sieht anders aus!

In einer Stadt des Ankommens werden denen, die kommen, Wege in die Gesellschaft geöffnet. Das beginnt mit der Zuerkennung und Verwirklichung der Menschenwürde und

Menschenrechte für jede und jeden, Gleichberechtigung der Geschlechter, Nichtdiskriminierung aufgrund von Herkunft, sexueller Identität, Religion oder Behinderung. Das bedeutet Zugang zu Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheitsleistungen, Mobilität, Kultur, Einkaufsmöglichkeiten und dem allgemeinen öffentlichen Leben. Ankommen ist kein Zustand, sondern ein Prozess der Orientierung, der auch der Unterstützung bedarf. Welche Wege offen stehen, bestimmt, wo und unter welchen Umständen ein Mensch seinen Platz in der Gesellschaft findet – am Rand oder inmitten der Gesellschaft.

Nicht nur in Hamburg werden derzeit wichtige Weichen gestellt, die darüber entscheiden, wie sich das Ankommen für die hier Schutz und ein Leben in Menschenwürde suchenden Menschen gestaltet. Wohin es geht, ist zuvorderst eine Frage der Haltung und dann der Ressourcen, Planung und Gestaltung. Mit dieser Tagung wollen wir Wege finden, wie gelingendes Ankommen gestaltet werden kann. Ankommen ist keine technokratisch zu lösende, schnell abzuwickelnde Planungsaufgabe, wie es die aktuelle Linie des Hamburger Senats vorsieht. Sondern der Vielfalt der beteiligten und betroffenen Menschen muss auch mit vielfältigen und kreativen Wegen begegnet werden. Fundamentale Prinzipien von Respekt, sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde dürfen auch nicht unter Verweis auf akute personelle, zeitliche und räumliche Engpässe missachtet werden.

Vorrangig kleinteilige und nachbarschaftliche Lösungen für Wohnen, Bildung und Arbeit können Zusammenleben mit den Ankommenden gestalten. Ihre Fähigkeiten und Erfahrungen sowie politische und soziale Selbstorganisation müssen anerkannt und von Anfang an einbezogen werden. Es geht um eine Perspektive mittendrin und miteinander. Mit den in dieser Tagung präsentierten Ansätzen erarbeiten wir, wie Hamburg als offene Stadt des Ankommens gestaltet werden kann und welche Rahmenbedingungen die Stadt dafür schaffen muss.

### **Bedingungen einer Stadt des Ankommens**

Im Verlauf der Tagung werden u.a. nachfolgende Forderungen diskutiert und weiter entwickelt.

#### **Zusammenleben im Gemeinwesen braucht:**

- Räume, die mietfrei sind, selbst gestaltet werden können, in denen man sich treffen kann;
- Gelegenheiten zum Kennenlernen, dem gemeinsamen Lernen insbesondere der Sprachen sowie der Entwicklung von Projekten des Zusammenlebens;
- Freiwillige ebenso wie qualifiziertes Personal der Stadtteilarbeit, der Psychologie und Beratung – sowohl aus den Reihen der Ankommenden wie der schon hier Wohnenden;
- offene Kinder- und Jugendarbeit für Bildung, Freizeit, Sport, Spiel und Erholung – stadtweit und zuvorderst im Umfeld der Erst- und Folgeunterkünfte.

#### **Partizipation und Selbstorganisation**

Die Interessen, Potenziale und Ressourcen der ankommenden Menschen müssen gewürdigt, genutzt und honoriert werden. Gemeinschaftliche Selbstorganisation, die auch öffentlich

in Erscheinung tritt, braucht politische Anerkennung sowie Unterstützung durch Raum und finanzielle Unterstützung. Vertreter\*innen der Geflüchteten sind bei allen Planungen einzubeziehen; dabei müssen für alle Seiten transparente Beteiligungsstrukturen entwickelt werden. Stadtteil-Beteiligungsformen wie Beiräte und Initiativen sind in ihrem Engagement für die Entwicklung von Nachbarschaft und Zusammenleben anzuerkennen und finanziell zu unterstützen.

Das Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, in der die Potenziale einer neuen Vielfalt zum Ausdruck kommen.

#### **Arbeit und Bildung**

Von der frühkindlichen Bildung über Schulen bis zu Hochschulen und Weiterbildung müssen die realen Zugangsmöglichkeiten für neu angekommene Menschen erweitert werden. Dieses muss bereits bei der Erstaufnahme beginnen.

Kostenfreie Sprachförderung auf allen Ebenen hat fundamentale Bedeutung. Die bestehenden Einrichtungen bedürfen der interkulturellen Öffnung. Dafür ist eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung vonnöten.

Schulen müssen alle Bildungsabschlüsse für geflüchtete Jugendliche ermöglichen.

Eine Zulassung zum regulären Arbeitsmarkt soll gleich zu Beginn möglich sein. Notwendig ist ein städtisches Sofortprogramm zur Beschäftigungsförderung mit Bezahlung nicht unter dem Mindestlohn. Realisiert werden soll auch das schon erprobte Instrument »Wohnungen selber bauen – Chance für Ausbildung, Nachqualifizierung und Beschäftigung!« Dieses kann bei der Umsetzung des Wohnungsbauprogramms systematisch, zeitnah und wirkungsvoll eingesetzt und verbindlich für alle Investoren vereinbart werden.

#### **Wohnen**

Vorrangig ist eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen in vorhandenen Stadtvierteln. Wo es neue Quartiere gibt, braucht es überwiegend sozialen Wohnungsbau – auch für Wohnungssuchende aus Hamburg – mit entsprechender Infrastruktur (Stadtteilzentren, Kita, Schule, soziale und gesundheitliche Einrichtungen, Sport, Läden, Gewerbe).

Sofort muss zusätzlicher Wohnraum bereitgestellt werden, der geltende Qualitätsstandards nicht unterschreitet. Der §14a SOG muss konsequent angewendet werden, um leerstehende Gewerbeflächen und unbewohnte Wohnungen (u.a. der SAGA) zu nutzen.

Die zügige Umsetzung von Bebauungsvorhaben darf nicht zur Aushöhlung von Beteiligungsrechten führen, Betroffene sind frühzeitig in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden.

Öffentlicher Raum ist für alle wichtig und insbesondere für Menschen, die unzureichenden Wohnraum haben; dafür braucht es eine menschengerechte Stadtmöblierung und auch kostenfreie Nutzung von Toiletten und Waschmöglichkeiten.

Beteiligen Sie sich an der Diskussion auf Facebook, Twitter und Instagram: @hamburg\_sda

# Roma zwischen Abschiebung & Selbstorganisation

Von Christiane Schneider



Transparent von Romano Jekipe auf der Demo am 14.11. in Hamburg (Foto: Christiane Schneider)

Schon bisher hatten Roma aus den Westbalkan-Staaten in Deutschland – anders als in skandinavischen Ländern z.B. – kaum die Chance, als Schutzsuchende anerkannt zu werden. Doch mit der gesetzlichen Festschreibung der Westbalkan-Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Mazedonien und Albanien als »sichere Herkunftsländer« hat sich ihre Situation noch einmal verschärft. Diese Festschreibung richtet sich vor allem gegen Roma. Sie verweigert ihnen faktisch das Recht, die Gründe, aus denen sie Schutz suchen, überhaupt angemessen darzulegen. Damit wird ihnen die Möglichkeit geraubt, einen solchen Status zu erhalten. Die Zahl der Abschiebungen steigt, Sammelabschiebungen sind inzwischen an der Tagesordnung.

Die Verschärfung trifft nicht nur Roma, die in den letzten ein, zwei Jahren eingereist sind. Auch auf Roma, die in den 1990er Jahren vor den Balkan-Kriegen flohen, in denen Jugoslawien zerteilt wurde, wächst der Vertreibungsdruck. Viele dieser Roma leben seit 20 Jahren und länger, aus welchen Gründen auch immer, nur mit einer Duldung in Hamburg. Wie viele dieser Roma, die hier Familien gegründet haben, Kinder bekommen haben, aus der Stadt vertrieben oder sogar abgeschoben wurden, wissen wir nicht. Auf dem »Roma-Tag« am 6. Dezember auf der Veddel berichtete einer der Red-

ner, dass immer wieder jahrzehntelang hier lebende Familien »verschwinden«. Ohne in Einzelheiten zu gehen, kann ich aus meiner parlamentarischen Arbeit den Eindruck bestätigen, dass der staatliche Vertreibungsdruck auf die Roma ohne sicheren Aufenthaltsstatus enorm zugenommen hat. Das ist dann besonders dramatisch, wenn die Abschiebedrohung Familien trifft, in denen die Eltern unterschiedliche Aufenthaltstitel haben, und vor allem, wenn hier geborene und aufgewachsene Kinder betroffen sind.

Angesichts dessen sind neuere Anläufe der Selbstorganisation von Roma unbedingt zu unterstützen. Zu nennen ist zum einen die Gruppe Romano Jekipe (<http://romas-in-hamburg.blogspot.de/>), die im September im Kampf gegen Abschiebungen den Michel besetzte. Zum anderen haben sich auf der Grundlage des ROMED2-Programms des Europarats ([www.coe-romed.org/](http://www.coe-romed.org/)) in den letzten Monaten Community Action Groups gebildet: In Hamburg gibt es bisher zwei solcher Aktionsgruppen, in Altona und in Billstedt, eine befindet sich zudem im Stadtteil Veddel im Aufbau. Eine weitere kommunale Aktionsgruppe existiert, neue Gruppen entstehen in Berlin, Bremen, Mannheim, Dortmund, Düsseldorf und Köln.

Diese Community Action Groups entwickeln Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Wohnen, Gesund-

heit und Beschäftigung und versuchen sie in Zusammenarbeit mit der Verwaltung umzusetzen. »Es geht um Bürgerbeteiligung und darum, Wahrnehmungen zu verändern: auf Seiten der Bürger der Eindruck, es ließe sich nichts verändern, und auf Seiten der Verwaltung die leider oft vorhandene Wahrnehmung: »DIE Roma wollen sich nicht integrieren«, heißt es in einem Flyer der Hamburger Gruppen.

Wir dokumentieren hier die aktuelle Grundsatzerklärung der Hamburger Community Action Groups. Nähere Informationen gibt es bei: RACE Roma Affirmation Centre Hamburg, <http://www.coe-romed.org>, Mail: [race-hamburg@gmx.de](mailto:race-hamburg@gmx.de).

### Grundsatzklärung der Hamburger ROMA Community Action Groups

#### I.

Es gibt kein europäisches Land nach dem Fall der Berliner Mauer, das nicht mit Roma-Tränen bzw. Roma-Blut getränkt ist. Seit 1990 kommt es in den ost- und südost-europäischen Ländern zu pogromartigen Angriffen, Serienmorden und einer radikalen Ausgrenzung und Entrechtung der Roma als Menschen und Staatsbürger, sodass uns die Lebensgrundlage entzogen ist. In den westlichen und zentral-europäischen Ländern werden uns in dieser Situation eine gesicherte Zuflucht und echte gesellschaftliche und politische Teilhabe verweigert, stattdessen sehen wir uns immer neuen Wellen von Vertreibung (Abschiebungen) gegenüber.

Viele von uns zwölf bis fünfzehn Millionen in Europa lebenden Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung, Rassismus, sozialer, rechtlicher und politischer Ausgrenzung konfrontiert.

Europa wächst zusammen, gleichzeitig erleben wir Roma die massivsten Angriffe, Pogrome und Entrechtung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aber niemand auf den europäischen oder den nationalen politischen Ebenen erwähnt das ernsthaft oder kümmert sich um unsere Probleme. Wir werden als größte autochthone europäische Minderheit überall als Problem gesehen und von einem Land ins andere vertrieben.

Die Asyländerung in Deutschland mit der Deklaration neuer sicherer Herkunftsländer, flankiert von den Ankündigungen, »schnell und rigoros zurückzuführen«, richtet sich maßgeblich gegen aus den Balkanländern geflüchtete Roma, konkret zu über 80% gegen Roma-Frauen und -Kinder – diejenigen, die sich am wenigstens wehren können. Obwohl der Europarat, die EU-Kommission, das U.S. State Department und Amnesty International der Einschätzung der Balkanländer als sichere Herkunftsländer deutlich widersprechen.

Sogenannte sichere Herkunftsländer sind sicher für die Serben, Kroaten, Bosnier, Macedoner oder Albaner, aber nicht für uns Roma!

Die ersten Opfer der letzten Kriege auf dem Balkan waren Roma. Die serbische, kosovarische, kroatische, bosnische, mazedonische oder albanische Gesellschaft, sie alle sind nach den Balkankriegen politisch vertikal und horizontal zerrissen, eine ideale Situation für Korruption, Rassismus, Diskriminierung, Nationalismus und Separatismus. Alle neuen Länder auf



Am 6.12. mit N. Paech, T. Christiansen (C. Schneider)

dem Balkan sind nationalistisch oder ethnisch orientiert. Unser Land Jugoslawien gibt es nicht mehr. Die Roma sind heute gezwungen, in diesen Ländern zu überleben, in denen sie nicht nur von Neonazi-Gruppen oder einzelnen Menschen angegriffen werden und um ihr Leben fürchten müssen, sondern auch von lokalen Regierungen sowie von den zentralen Regierungen diskriminiert und als Menschen sechszehnter Klasse behandelt werden.

#### II.

Herbst 2015: Deutschland erlebt gerade einen Flüchtlingszulauf, den Deutschland freundlich aufnimmt. Gleichzeitig organisieren sich Nazis; »besorgte Bürger«, Kommunalpolitiker kritisieren die Zahl der Aufgenommenen und die chaotische Flüchtlingspolitik. Die Kritik wird lauter, Angriffe auf Flüchtlinge und Unterkünfte reißen nicht ab. Die »sichere Drittstaatenregelung« ist, in den Augen der Roma, ein Mittel, um diese Entwicklungen zu beruhigen, ein Mittel, mit dem die Regierung Stärke und Konsequenz zeigen will, indem sie demonstriert, dass sie definiert, wer bleiben und wer als illegitimer Flüchtling abgeschoben werden kann und soll.

Die zu schützenden Roma werden »verkauft«, sie zahlen den politischen Preis in der aktuellen Situation.

Die Diffamierung von Roma-Flüchtlinge aus den Balkanländern als wirtschaftliche Flüchtlinge geht an unserer tatsächlichen Situation vorbei und ist in ihrem Kern antiziganistisch. Die Propaganda von der Armutsmigration aus Süd-Ost-Europa zielt darauf, Empathie und Solidarität mit Roma aus diesen Ländern zu verhindern, und soll auf massive Abschiebung einstimmen, Widerspruch und Widerstand gegen sie delegitimieren.

Und dabei sind diejenigen, die als angebliche Wirtschaftsflüchtlinge abgeschoben werden sollen, nur 2% der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge, ihre Abschiebung hat faktisch für die allgemeine Situation gar keine Bedeutung. Der Umgang der deutschen Regierung mit uns Roma muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass man mit Roma aus den Balkanländern herumexperimentiert, uns zu einem Spielball der Politik macht.

## III.

Der zynische Gipfel ist, dass in dieser Situation uns Roma aus den Balkanländern die politische Partizipation verweigert wird. Wir werden ohne Waffen in den Ring gezwungen. Wer kann für uns Roma aus den Balkanländern sprechen? Natürlich wir selbst: Seit 30 Jahren sprechen und kämpfen wir dafür – und wir haben immer friedlich demonstriert, haben nie die deutsche Gesellschaft in eine bedrohliche Lage gebracht, was wir als pazifistische Gesellschaft auch in Zukunft tun werden – gegen die Widerstände von Politik und Mehrheitsbevölkerung, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Aber wir werden nicht gehört, nicht ernstgenommen. Damit bringt Deutschland uns in eine politische Sackgasse.

Die bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und den »sicheren Westbalkanländern«, die das Schicksal der Roma betrifft, wurden ohne unsere Beteiligung abgeschlossen. Es würde den europäischen Integrationsprozess der ex-jugoslawischen Länder unterstützen, wenn Deutschland demokratisch mit uns Roma umgehen und eine unmittelbare Kommunikation mit uns aufnehmen würde. Wenn dies wirklich im Interesse der deutschen Politik ist, müssen wir in Zukunft an allen Entscheidungen beteiligt werden, die unser Leben betreffen. Wir Roma sind mündige Menschen, die auch als solche behandelt werden wollen.

## IV.

Roma, die seit den 1990er Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, haben sich in der langen Zeit ihrer Anwesenheit an die Lebensgewohnheiten angepasst. In dieser Zeit wurden Familien gegründet, Kinder haben sich integriert und Deutsch als Muttersprache angenommen. Und jetzt werden wir, davon über 80% Frauen und Kinder, ohne Vorwarnung in der Morgenstunde von der Polizei abgeholt, haben dreißig Minuten Zeit,

um unser Gepäck zu packen und werden dann in ein für unsere Kinder fremdes Land deportiert und dort weder Familie noch Wohnung haben. Das ist ein menschenverachtender und feindlicher Akt.

Die Geschichte der Roma ist in großen Teilen eine Tragödie. Selbstverschuldet ist die Tragödie nicht, ebenso wenig wie die Juden selber am Holocaust Schuld haben. Das Volk der im Deutschen Reich lebenden Roma wurde zu 95% von den Nazis umgebracht! Doch nicht nur die »Reichszieneuner« wurden getötet. Die Deutschen ermordeten auch schätzungsweise weitere 350.000 Roma in den besetzten Gebieten wie Serbien, Kroatien, Bosnien oder Mazedonien. Dies können die Sinti und Roma ebenso wenig vergessen, wie die Juden den Holocaust ignorieren können. Und wenn wir auch keinem Einzigen der heutigen Generation irgendeine noch so geringe Mitverantwortung geben, so reagieren wir doch sehr sensibel auf Ausgrenzungen, Verleumdungen, Diskriminierungen, Beleidigungen oder politische Vergewaltigungen. Die Frage muss legitim sein, den deutschen politischen Apparat zu fragen: »Würden Sie mit jüdischen Flüchtlingen auch so umgehen«?

Meine Damen und Herren, das Roma Affirmation Centre in Deutschland fordert:

- Sofortiger Abschiebestopp.
- Gerechtigkeit und Humanität für Roma-Kinder: Sicherheit und Beendigung des Abbruchs ihrer Bildungswege.
- Strukturen aufbauen für die politische Partizipation der Roma, damit sie an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden.
- Bekämpfung der Antiziganismus.
- Anerkennung als europäische Minderheit: Staatsbürgerschaft und Heimat in der EU, Minderheitenschutz und Ressourcen für Kultur, Sprache, Tradition.



Refugee-Welcome-Demo am 14. November 2015 (Foto: Michael Joho)



# Bürgerschaft lehnt Winterabschiebestopp ab

Von Christiane Schneider



Am 7.11. vor dem Hauptbahnhof (Foto: Christiane Schneider)

Dass Anträge auf einen Winterabschiebestopp in Hamburg abgelehnt werden, hat schon eine lange Tradition. Dass die Aussichten auf Verabschiedung eines solchen Antrags nicht leichter werden, wenn die GRÜNEN Regierungsverantwortung tragen, war zu erwarten. Erschwerend kommt hinzu, dass die beiden Bundesländer, die im letzten Winter einen Abschiebestopp verhängt hatten, Schleswig-Holstein und Thüringen, in diesem Jahr davon Abstand genommen hatten. Soweit wir wissen, hatte sich die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen nicht darauf verständigen können, weil es im Land eine starke rechte Mobilisierung und großen Druck aus den Landkreisen gibt, die ihre Wirkung auf einige an der Regierung Beteiligte nicht verfehlt hat. Das ist sehr bedauerlich, kann uns in Hamburg aber, da war sich die Fraktion einig, nicht binden und nicht daran hindern einzufordern, was wir für eine humanitäre Selbstverständlichkeit halten: Niemand, und schon gar nicht besonders schutzbedürftige Menschen wie Familien mit Kindern, Schwangere, Alte, Kranke, in Kälte und Not abzuschicken. Deshalb hatten wir für die Bürgerschaftssitzung am 9./10. Dezember einen Antrag zum Winterabschiebestopp eingebracht.

Ohnehin bedeutet Abschiebung für viele Menschen, gerade für Roma aus den Westbalkan-Staaten, aber z.B. auch für Geflüchtete aus Afghanistan, Abschiebung in Obdachlosigkeit, Hunger, Unsicherheit. Im Winter, der in vielen Hauptzielen der Abschiebemaschinerie durch eisige Kälte gekennzeichnet ist, werden diese Bedingungen gerade für besonders schutzbedürftige Menschen zur Gefahr für Leib und Leben. Abschiebung in die Kälte ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde. Gerade bei den Roma sind von Abschiebung sehr häufig Kinder, aber auch alte oder kranke Menschen betroffen. Auch jenseits eines von der Bürgerschaft beschlossenen Winterabschiebestopps gäbe es die Möglichkeit,

einzelfallbezogen humanitäre Entscheidungen zu treffen. Die Ausländerbehörde könnte das, wenn sie wollte; der Innenminister könnte das, wenn er wollte, und der Eingabenausschuss könnte es ebenso, wenn seine Mehrheit es wollte. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass der Eingabenausschuss seine Möglichkeiten ausschöpft und die Verantwortung dafür wahrnimmt, Abschiebungen schutzbedürftiger Menschen, Abschiebungen von Familien mit Kindern und Abschiebungen von Kranken wenigstens in den Wintermonaten auszusetzen und so humanitäre Katastrophen für die Betroffenen zu vermeiden. Von der Ausländerbehörde habe ich diesen Eindruck schon gar nicht. Deshalb haben wir den Antrag gestellt und die Bürgerschaft aufgefordert, zu beschließen, wenigstens die Abschiebung besonders schutzbedürftiger Menschen in Kälte, Not, drohende Obdachlosigkeit auszusetzen.

Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen gegen die Stimmen der Linksfraktion abgelehnt. Man versprach, wie alljährlich, »Einzelfallprüfung«. Bitter.

## Korrektur zum »BürgerInnenbrief« vom 26.11.:

Mit etwas heißer Nadel wurde der quasi nach Redaktionsschluss veröffentlichte neue »Mietenspiegel 2015« auf Seite 17 kommentiert. Dabei ist uns leider ein Lapsus unterlaufen. Die Nettokaltmieten sind von 2011 auf 2013 um 5,7% angestiegen (d.h. im Durchschnitt auf 7,56 Euro/qm), von 2013 auf 2015 um 6,1% (nämlich auf durchschnittlich **8,02 Euro/qm** und nicht, wie irrtümlich geschrieben, auf 7,56 Euro/qm).

Wir entschuldigen uns und danken Jutta G. für den Hinweis.

# Obdachlose: Weihnachten auf der Straße...

Von Antje Schellner, Mitarbeiterin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE



Im April 2015 vor dem Rathaus (M. Joho)

»Können Sie mir bitte Geld geben für etwas zu essen? Ich habe solch einen Hunger!«, sprach mich der alte Mann an und fing an zu weinen. Ja, die Situation für Obdachlose in Hamburg ist zum Verzweifeln. Wohin an einem Samstagmittag, wenn einem kalt ist und man Hunger hat, wenn man nur noch schlecht laufen kann und Mühe hat, sich zu orientieren?

Rund 2.000 Obdachlose leben auf Hamburgs Straßen. Im Winternotprogramm stehen 850 Betten zusätzlich zu den rund 300 Notübernachtungsstellen zur Verfügung. Gerade wurden sie nochmal um 100 Betten aufgestockt. Schon Ende November hatte das am 1.11. eröffnete Programm eine Auslastung von über 90% und das bei noch relativ milden Temperaturen. In der Vergangenheit forderte daher die Obdachlosenzeitung »Hinz & Kunzt« zumindest für jede/n Obdachlose/n die Option auf ein Bett, denn selbst das war bei einem harten Wintereinbruch nicht mehr gegeben. Und die Schlafplätze werden auch noch täglich neu verlost. Am Morgen müssen die Obdachlosen die Winternotquartiere verlassen, erst am Abend können sie wieder aufgesucht werden. Und die Tagesaufenthaltsstätten haben fast alle nur unter der Woche und auch dann nur stundenweise geöffnet (siehe die Drucksache 21/2034). An den Wochenenden bleibt als eine der wenigen Möglichkeiten, um sich aufzuwärmen, lediglich die Bahnhofsmision.

Zudem ist das Hilfesystem für Menschen, die mobil eingeschränkt sind, sich keine Fahrkarte leisten können und nicht über Stadtpläne verfügen, eine echte Hürde, denn Öffnungszeiten und Standorte variieren und fordern hohe Flexibilität. Da ist doch sehr fraglich, warum die Übernachtungsstellen nicht auch am Tage Schutz bieten können. Im Wortprotokoll des Sozialausschuss der Bürgerschaft vom 3. November sind die wahren Gründe nachzulesen: »Es sei ... hilfreich, wenn die Übernachtungsstätte tagsüber geschlossen sei, damit sich die Menschen zu weiteren Hilfsangeboten auf den Weg machen müssten.« Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten nochmals, beim Winternotprogramm würde es sich lediglich um einen Erfrierungsschutz mit morgen- und abendlicher Verpflegung durch Ehrenamtliche handeln.

Besonders knapp ausgestattet sind die Möglichkeiten von obdachlosen Menschen, außerhalb des Winternotprogramms

ihre Wäsche zu waschen oder zu duschen (Drucksache 21/1862). So gibt es für die 2.000 Obdachlosen nur insgesamt 22 Duschen. Rechnet man hinzu, dass es täglich jeweils nur eine Öffnungszeit von wenigen Stunden gibt, so kann jede/r Obdachlose im Schnitt vielleicht einmal im Monat duschen. Die Einrichtungen berichten von langen Wartezeiten und Schlangestehen für eine Dusche oder frische Wäsche. Denn auch Waschmaschinen und Trockner sind knapp. Insgesamt 16 solcher Geräte stehen den obdachlosen Menschen zur Verfügung. Die Situation ist für sie sehr belastend und macht sie körperlich und psychisch krank.

Dringend bedarf es der Vermittlung in Wohnraum. Doch seit der Gründung der Fachstellen für Wohnungsnotfälle im Jahr 2005 sind die Vermittlungen von Wohnungslosen in Wohnraum so niedrig wie noch nie. Wurden im Jahr 2009 noch 1.749 Vermittlungen erreicht, so waren es 2014 nur noch 1.207 (Drucksache 21/2035). Zudem sind in den letzten Jahren die Vermietungen an Wohnungslose durch Wohnungsunternehmen, die nicht am »Kooperationsvertrag« beteiligt sind, stark eingebrochen. Die Diakonie schlägt Alarm, denn die Zahl der Wohnungslosen steigt rasant (Newsletter Wohnungslosenhilfe Nr. 12/2015). Hinzu kommt, dass zusätzlich zu den Obdachlosen noch insgesamt rund 8.000 wohnberechtigte ZuwanderInnen und Wohnungslose in den öffentlichen Unterkünften auf eine Wohnung warten. Aufgrund des steigenden Flüchtlingsaufkommens steigt auch diese Zahl an.

Die Versorgung aller HamburgerInnen mit Wohnraum muss prioritäre Aufgabe der Stadt sein. Das Werben um Akzeptanz und die Information der BürgerInnen wird dabei fast eine genauso wichtige, unerlässliche Aufgabe sein wie das Bauen selbst. Aber die Zukunftsvision mit Wohnungen für alle scheint noch weit entfernt.

Daher muss alles dafür getan werden, die gegenwärtige Situation schnellstens zu verbessern. Ganz pragmatisch gehört dazu das geforderte Bett für jeden obdachlosen Menschen und die Möglichkeit eines Tagesaufenthalts auch am Wochenende und an den Feiertagen. Denn da wird es ganz trostlos: Nur eine der angegebenen Tagesstätten hat Weihnachten und Silvester geöffnet – und auch das nur am Vormittag.

## Kultur Tipp: Städte im Visier



V.l.n.r.: Werke von P. Bialobrzeski, Max Gerntke, Karl Gröning

Politik, Kultur und Gesellschaft in der Metropole zu gestalten, setzt eine immer wiederkehrende, aber auch immer neu daher kommende Beschäftigung mit dem Thema Stadt voraus. »Stadtluft macht frei nach Jahr und Tag«, hieß es im Mittelalter, »Stadtluft macht krank« im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert. Die Recht-auf-Stadt-Bewegung proklamiert das Recht und den Zugang für alle in der ganzen Stadt, vor allem auch zu den immer mehr auf Verdrängung und Segregation abzielenden Citys. »In was für einer Stadt wollen wir leben?« – wie viele Konferenzen und Debatten haben sich dieser Fragestellung schon gewidmet? Auch zwei zurzeit in Hamburg laufende, sehr unterschiedliche Ausstellungen sind der Stadt gewidmet – ihrer Ästhetik, aber auch dem Moloch.

Die eine Ausstellung in der Freien Akademie der Künste (Klosterwall 23) erfordert schnelles Handeln, denn sie ist nur noch bis zum 20. Dezember zugänglich. Präsentiert werden Fotografien von Peter Bialobrzeski, der seine Linse ebenso auf die asiatischen Mega-Citys richtete wie auf europäische Metropolen. Der Hamburger Fotograf wurde für seine beeindruckenden, wegen der langen Belichtung manchmal etwas verschwommenen Bilder bereits zweimal mit dem World Press Photo Award ausgezeichnet, also der Goldmedaille für einen der weltbesten Fotografen. Wer sich mehr für den Moloch Stadt interessiert, ist hier genau richtig. Mensch kann sich gruseln und ganz klein fühlen bei schier unermesslichen Wolkenkratzern, aber auch die Tristesse von Slums und die Monotonie von Plattenbausiedlungen wird in eindringlichen Bildern festgehalten und motiviert zur Auseinander-

setzung, wie »ich selbst« leben und wohnen möchte und wie es den Menschen im Großen und Ganzen zu wünschen wäre. Die Ausstellung »Das Versprechen der Stadt« ist dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt beträgt 5/3 Euro. (Mehr Infos unter [www.akademie-der-kuenste.de/2015/291015.html](http://www.akademie-der-kuenste.de/2015/291015.html).)

Die andere Ausstellung lässt noch etwas mehr Spielraum, sie ist im Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz) bis Ende Oktober 2016 zu sehen. Ihr Titel: »Hamburg in den zwanziger Jahren. Ansichten und Visionen«. Der Inhalt: diverse Arbeiten von Hamburger Architekten wie Max Gerntke, Künstlern wie Rolf Nesch und Bühnenbildnern wie Karl Gröning, Holzschnitte von Paul Helms, Illustrationen von Georg Hempel und Lithografien von Willy Davidson. Die Namen dürften zum größten Teil unbekannt sein, aber wir haben es hier mit einer Phalanx von Menschen zu tun, die durch ihre Entwürfe und Interpretationen das Stadtbild der Weimarer Republik nicht unwesentlich mitgeprägt haben. Die 1920er Jahre, das war neben allen sozialen Verwerfungen und politischen Konflikten auch ein Labor der Moderne, in dem Architekturvisionen ebenso entwickelt wurden, wie gesellschaftliche Utopien zum Greifen nahe schienen: Bauhaus, Konstruktivismus und Art déco neben Backstein und »Arbeiterburgen«. Die inspirierende Ausstellung ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr geöffnet, der Eintritt beträgt 10/7 Euro. (Weitere Infos gibt es unter [www.mkg-hamburg.de/de/ausstellungen/aktuell/hamburg-in-den-zwanziger-jahren.html](http://www.mkg-hamburg.de/de/ausstellungen/aktuell/hamburg-in-den-zwanziger-jahren.html).)

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.